

Tarifvertrag Inflationsausgleichsprämie (TV IAP)

**für die Beschäftigten
in der**

niedersächsischen Metallindustrie

vom 25. November 2022

gültig ab 25. November 2022

**Verband der Metallindustriellen
Niedersachsens e. V.**

**IG Metall Bezirksleitung
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**

INHALTSVERZEICHNIS

Präambel	3
§ 1 Geltungsbereich	3
§ 2 Inflationsausgleichsprämie I	3
§ 3 Inflationsausgleichsprämie II.....	4
§ 4 Abweichende Arbeitszeit	5
§ 5 Kürzungsmöglichkeiten	5
§ 6 Auszubildende.....	5
§ 7 Anrechenbarkeit	6
§ 8 Nichtanwendbarkeit § 3 Nr. 11c EStG	6
§ 9 Inkrafttreten und Kündigung	6

Zwischen dem

**Verband der Metallindustriellen
Niedersachsens e. V. (NiedersachsenMetall)**

und der

**IG Metall Bezirksleitung
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**

wird folgender

**Tarifvertrag
Inflationsausgleichsprämie
(TV IAP)**

vereinbart:

Präambel

Zur Abmilderung steigender Verbraucherpreise vereinbaren die Tarifvertragsparteien zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie gemäß § 3 Nr. 11c EStG nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen.

§ 1

Geltungsbereich

Für diesen Tarifvertrag gilt derselbe Geltungsbereich, wie er in § 1 Manteltarifvertrag (MTV) für die Beschäftigten in der niedersächsischen Metallindustrie festgelegt ist.

§ 2

Inflationsausgleichsprämie I

Vollzeitbeschäftigte, die am Stichtag 1. März 2023 in einem Arbeitsverhältnis stehen und die zu diesem Zeitpunkt dem Betrieb ununterbrochen 6 Monate angehört haben, haben einen Anspruch auf eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 1.500 Euro. Ausgenommen sind Beschäftigte, die am jeweiligen Stichtag ihr Arbeitsverhältnis gekündigt haben.

Die Zahlung hat den Zweck, die Preissteigerungen des Jahres 2023 auszugleichen.

Der Arbeitgeber ist berechtigt, den Stichtag für die ganze Inflationsausgleichsprämie I oder einen Teil von ihr auf den 1. Dezember 2022 vorzuziehen. Die Zahlung hat in diesem Fall den Zweck, die Preissteigerungen des Jahres 2022 auszugleichen. Die erforderliche Vorbeschäftigungszeit reduziert sich in diesem Fall auf 3 Monate.

Der Zeitpunkt der Auszahlung kann durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung geregelt werden. Dies gilt unabhängig von den vorgenannten Stichtagen.

Falls dieser Zeitpunkt durch Betriebsvereinbarung nicht geregelt ist, gilt als Auszahlungstag der 1. März 2023. Jedoch ist ein Teilbetrag von mindestens 750 Euro spätestens mit der Abrechnung Januar 2023 zu leisten

Dem Arbeitgeber ist es unbenommen, Zahlungen vorher zu leisten.

§ 3 Inflationsausgleichsprämie II

Vollzeitbeschäftigte, die am Stichtag 1. März 2024 in einem Arbeitsverhältnis stehen und die zu diesem Zeitpunkt dem Betrieb ununterbrochen 6 Monate angehört haben, haben einen Anspruch auf eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 1.500 Euro. Ausgenommen sind Beschäftigte, die am jeweiligen Stichtag ihr Arbeitsverhältnis gekündigt haben. Die Zahlung hat den Zweck, die Preissteigerungen des Jahres 2024 auszugleichen.

Der Arbeitgeber ist berechtigt, den Stichtag für die ganze Inflationsausgleichsprämie II oder einen Teil von ihr auf den 1. Dezember 2023 vorzuziehen. Die Zahlung hat in diesem Fall den Zweck, die Preissteigerungen des Jahres 2023 auszugleichen. Die erforderliche Vorbeschäftigungszeit reduziert sich in diesem Fall auf 3 Monate.

Der Zeitpunkt der Auszahlung kann durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung geregelt werden. Dies gilt unabhängig von den vorgenannten Stichtagen.

Falls dieser Zeitpunkt durch Betriebsvereinbarung nicht geregelt ist, gilt als Auszahlungstag der 1. März 2024.

Dem Arbeitgeber ist es unbenommen, Zahlungen vorher zu leisten.

§ 4

Abweichende Arbeitszeit

Teilzeitbeschäftigte haben Anspruch auf eine anteilige Inflationsausgleichsprämie, die sich nach dem Verhältnis ihrer vertraglichen Arbeitszeit zur tariflichen Arbeitszeit am jeweiligen Stichtag bemisst, mindestens jedoch in Höhe von 400 Euro. Der spätestens im Januar 2023 auszahlende Mindestbetrag beträgt für Teilzeitbeschäftigte die Hälfte des jeweiligen individuellen Anspruchs.

Als Vollzeitbeschäftigte gelten auch Beschäftigte, die aufgrund einer betrieblichen Veranlassung eine im Verhältnis zur tariflichen Arbeitszeit abgesenkte Arbeitszeit haben.

Als betrieblich veranlasst gelten insbesondere Arbeitszeitabsenkungen nach dem Tarifvertrag Aufbau und Sicherung von Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft (TV Besch) und in die Dauer der Arbeitszeit eingreifende Schichtmodelle.

§ 5

Kürzungsmöglichkeiten

Anspruchsberechtigte Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis in dem Kalenderjahr, in dem der jeweilige Stichtag liegt, kraft Gesetzes oder Vereinbarung ruht, erhalten keine Inflationsausgleichsprämie. Ruht das Arbeitsverhältnis in dem jeweiligen Kalenderjahr teilweise, so erhalten sie eine anteilige Leistung.

§ 6

Auszubildende

Auszubildende, die am Stichtag in einem Ausbildungsverhältnis stehen, haben einen Anspruch auf eine Inflationsausgleichsprämie I und II in Höhe von jeweils 550 Euro.

Diese Inflationsausgleichsprämien werden zeitgleich mit den Inflationsausgleichsprämien für die Beschäftigten ausgezahlt. Der spätestens im Januar 2023 auszahlende Mindestbetrag beträgt für Auszubildende 275 Euro.

§ 7
Anrechenbarkeit

Die Inflationsausgleichsprämien gelten nicht als Tarifierhöhungen und können daher nicht auf übertarifliche Entgeltbestandteile angerechnet werden.

§ 8
Nichtanwendbarkeit § 3 Nr. 11c EStG

Soweit die Voraussetzungen einer steuer- und betragsfreien Zahlung nicht gegeben sind, wird sie in unveränderter Höhe als Bruttozahlung gewährt.

§ 9
Inkrafttreten und Kündigung

Dieser Tarifvertrag tritt am 25. November 2022 in Kraft. Er endet mit Ablauf des 31. Dezember 2024, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Hannover, 25. November 2022

**Verband der Metallindustriellen
Niedersachsens e.V.**

**IG Metall Bezirksleitung
Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**

Niensch

Dr. Schmidt

Gröger

Maaß